

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 4. Sitzung des Rates
vom 23.06.2022
Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen
Herr Ralf Bergander
Herr Stephan Bergmann
Herr Karl-Georg Görtemöller
Frau Ute Johannis
Herr Thorsten Karssies
Herr Christian Lübke
Frau Anette Marewitz
Herr Oliver Neils
Frau Lisa Pörtge
Herr Lars Rehling
Frau Silke Schäfer
Herr Ralf Seeleib
Herr Dr. Harald Wegner
Herr Dr.-Ing. Benjamin Weinert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding
Frau Silke Kuhlmann
Frau Imke Märkl
Herr Andreas Quebbemann
Herr Oliver Reyle
Herr Ernst-August Rothert
Frau Katrin von Dreele
Herr Matthias Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Angelika Ballmann
Frau Barbara Pöppe
Herr Matthias Reyl
Herr Dieter Sieksmeyer

bis 20:05 Uhr (TOP 18) anwesend

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kieseckamp

Frau Anette Staas-Niemeyer
Frau Anke Wittemann

Mitglied Die Linke

Herr Patrick Wenndorf

Verwaltung

Herr BD Christian Müller
Herr Udo Müller
Herr Wolfgang Stiegemeyer
Frau Maria Stuckenberg
Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführerin

Frau Mechthild Koldeweihe

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Richard Keib

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Monika Bruning
Herr Heiner Hundeling

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Jens Kerntopf
Frau Miriam Thye

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Beginn: 18:03

Ende: 20:13

Tagesordnung:

- | | | |
|---|---|---------------|
| 1 | Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2022 | |
| 3 | Bericht des Bürgermeisters | |
| 4 | Einwohnerfragestunde | |
| 5 | 4. Änderung der Straßenreinigungssatzung
4. Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung | WP 21-26/0088 |
| 6 | 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren | WP 21-26/0089 |
| 7 | Ernennung der stellvertretenden Ortsbrandmeisterin der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Sögel | WP 21-26/0125 |

8	Antrag der CDU Fraktion - Photovoltaikoffensive Bramsche 2022	WP 21-26/0086
9	Antrag der CDU - Antrag zur Ausweisung von integrierten energetischen Quartieren in Bramsche - Zuschuss 432	WP 21-26/0097
10	2. Änderung der Friedhofssatzung für den "FriedWald Bramsche" der Stadt Bramsche vom 30.10.2003	WP 21-26/0065
11	Leitbild Bramsche 2030	WP 21-26/0105
12	Nahversorgungskonzept (NVK) Bramsche	WP 21-26/0099
13	Erllass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 181 „Gewerbegebiet südöstlich Westerkappelner Straße"	WP 21-26/0104
14	44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil Lappenstuhl - Feststellungsbeschluss - Bezugsvorlage WP 16-21/0861 und WP 21-26/0068	WP 21-26/0116
15	Bebauungsplan Nr. 80 "Am Sandbach", 3. Änderung - Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13a BauGB - Bezugsvorlage WP 21-26/0071	WP 21-26/0115
16	Beantwortung von Anfragen	
17	Anfragen und Anregungen	
18	Einwohnerfragestunde	

TOP 1 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

RV Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

RM Quebbemann stellt den Antrag, die TOP 11 „Leitbild Bramsche 2030“ und 12 „Nahversorgungskonzept (NVK) Bramsche“ auf eine spätere Sitzung zu vertagen, da die Themen noch nicht in allen Ortsräten diskutiert werden konnten.

Nach kurzer Diskussion lässt RV Müller über die Vertagung des TOP 11 „Leitbild Bramsche 2030“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

13 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Müller lässt über die Vertagung des TOP 12 „Nahversorgungskonzept (NVK) Bramsche“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 8 Stimmen dafür
 20 Stimmen dagegen
 5 Enthaltungen

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2022

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 10.03.2022 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

1. BGM Pahlmann teilt mit, dass die im letzten Jahr wegen Corona verschobene Ehrung ehemaliger und langjähriger Mandatsträger nun am 14.09.2022 in einem feierlichen Rahmen im Ratssaal nachgeholt werde. Der Nds. Städtetag werde die Ehrung der 25- bzw. 40-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Mitglied eines Orts- bzw. Stadtrates in Form der Ehrenurkunde des Verbandes übernehmen. Von Seiten der Stadt werden die ehemaligen Mandatsträger geehrt.
2. BGM Pahlmann erklärt, dass Herr Stiegemeyer am heutigen Tage zum letzten Mal in seiner Funktion als Rechnungsprüfer an der Sitzung teilnehme. Er bedankt sich für die jahrelange sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihm alles Gute für den neuen Lebensabschnitt. Der Rat schließt sich den Glückwünschen mit einem Applaus an.

Herr Stiegemeyer bedankt sich bei allen Mitgliedern des Rates für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. Eine Bürgerin berichtet, dass sie den Bericht in der Zeitung hinsichtlich der IGS in Bramsche gelesen habe und möchte von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wissen, wie deren grundsätzliche Haltung dazu sei.

RM Sieksmeyer erklärt, dass die Haltung seiner Fraktion zur Oberstufe an der IGS sehr eindeutig sei. Sie habe sich immer für die Einrichtung einer Oberstufe eingesetzt und bedauere es sehr, dass ihre Kreistagsfraktion mehrheitlich zu einer anderen Auffassung in der Bewertung der Lage gekommen sei. Sowohl seine Fraktion, wie auch die Bundestagsabgeordnete Frau Polat haben interveniert und sich für die Lösung, wie sie die Elternschaft auch favorisiere, eingesetzt. Am gestrigen Tage wäre ein Gespräch mit Kreistagsmitglied Mareen Guth, die sich in der Kreistagssitzung anders verhalten habe, geführt worden. Diese habe betont, dass die Möglichkeit einer Oberstufe an der IGS nach wie vor bestehe. Von Seiten der Kreistagsfraktion setze man aktuell jedoch darauf, dass eine Kooperation zwischen den beiden Schulen möglich sei. Seine Fraktion als Ortsverband und

Stadtratsfraktion sehe das jedoch nicht so und setze sich nach wie vor dafür ein, dass die Oberstufe in der IGS komme. Er bedauere es sehr, welche Folgen das jetzt für die Schüler- und Elternschaft der IGS habe.

2. ORM Holz möchte wissen, wie die Trinkwassersituation in Bramsche sei oder ob man sich schon Sorgen machen müsse.

BGM Pahlmann erklärt dazu, dass man sich grundsätzlich um das Wasser Sorgen machen müsse, aktuell aber noch ausreichend vorhanden wäre. Jeder Bürger sollte die vorgeschlagenen Wassersparmaßnahmen dennoch berücksichtigen, so dass es nicht zu einer schwierigen Situation komme.

3. Eine Bürgerin spricht als Anwohnerin der Arminiusstraße den TOP 12 hinsichtlich der Erweiterung bzw. Neubau des Edeka-Marktes an. Viele Anlieger der Arminiusstraße seien gegen die Maßnahme und zweifeln das in Auftrag gegebene Nahversorgungskonzept an. Sie könne nicht verstehen, warum man in der heutigen Zeit die Versiegelung einer so großen Fläche planen könne. Sie möchte wissen, wie die Fraktionen zu diesem Thema stehen und was die Bürger gegen diese Planung unternehmen können bzw. die Suche nach einem anderen Standort zu fordern.

RV Müller weist auf § 8 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates hin und bittet die Bürgerin bis zu TOP 12 zu warten, da erst dort eine Diskussion darüber erfolgen werde.

TOP 5	4. Änderung der Straßenreinigungssatzung	WP 21-26/0088
	4. Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung	

Beschlussvorschlag:

Die 4. Änderung der	-	Straßenreinigungssatzung für die Stadt Bramsche
	-	Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Bramsche

wird in den als Anlage beigefügten Fassungen beschlossen.

RM Rey verweist auf die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	33 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 6 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von
Straßenreinigungsgebühren

WP 21-26/0089

Beschlussvorschlag:

Die 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren für die Stadt Bramsche (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 7 Ernennung der stellvertretenden Ortsbrandmeisterin
der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche,
Ortsfeuerwehr Sögel

WP 21-26/0125

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beschließt, Frau Jennifer Scott zur stellvertretenden Ortsbrandmeisterin der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Sögel, zu ernennen und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

RM Bei der Kellen erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 8 Antrag der CDU Fraktion - Photovoltaikoffensive
Bramsche 2022

WP 21-26/0086

RM Quebbemann erläutert ausführlich den Hintergrund der Antragstellung.

RM Bergander stellt fest, dass jedes geeignete städtische Dach eine Photovoltaikanlage besitze und die Aussage, dass die Stadt Bramsche hinsichtlich der Ausstattung städtischer Gebäude mit Photovoltaikanlagen hinterher hängen würde, sei falsch.

Nach weiterer Diskussion erklärt BD Müller, dass die Begutachtung der städtischen Flächen bereits vor einigen Jahren erfolgt sei und alle seinerzeit für geeignet gehaltenen Dachflächen mit Photovoltaikanlagen bestückt seien. Aufgrund des technischen Fortschritts könne es sein, dass damals als nicht geeignet gehaltene Flächen mittlerweile für geeignet gehalten werden können. Die Stadtwerke Bramsche GmbH habe bereits mit einem entsprechenden Planungsbüro und dem

Klimaschutzmanager diese Dachflächen untersucht und er gehe davon aus, dass in einer der nächsten Sitzungen der Stadtwerke über die neuen Erkenntnisse berichtet werde.

RM Sieksmeyer berichtet, dass seine Fraktion B90/Die Grünen sich bereits dafür ausgesprochen habe, diese Aufgabe an die Stadtwerke Bramsche zu geben. Er stellt den Antrag, dass der CDU-Antrag zur weiteren Bearbeitung an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Bramsche GmbH weitergegeben werde.

BGM Pahlmann stellt fest, dass der von RM Sieksmeyer gestellte Antrag im Grunde obsolet sei, da die Stadtwerke bereits im Sinne des Antrages tätig sind.

RV Müller lässt über den o.g. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
9 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
4 Enthaltungen

RM Quebbemann stellt in Anlehnung an den Antrag von RM Sieksmeyer den Änderungsantrag, dass in dem Beschlussvorschlag des CDU-Antrages die Aussage „in enger Kooperation mit den Stadtwerken“ in „unter Federführung der Stadtwerke“ geändert wird.

RV Müller lässt über den Antrag von RM Sieksmeyer in Verbindung mit dem Änderungsantrag von RM Quebbemann abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 9	Antrag der CDU - Antrag zur Ausweisung von integrierten energetischen Quartieren in Bramsche - Zuschuss 432	WP 21-26/0097
-------	---	---------------

BD Müller erklärt, dass die Ausweisung der integrierten energetischen Quartiere bereits im Klimaschutzkonzept berücksichtigt wäre und man dahingehend bereits in Ueffeln und der Gartenstadt aktiv sei, jedoch weiterhin auf der Suche nach Quartieren gemäß der Ausweisung im Klimaschutzkonzept wäre. Man sei auf einem guten Weg.

RM Quebbemann widerspricht dieser Aussage, da es ausweislich des Klimaschutzkonzeptes vom Zeitplan her schon hätte erfolgt sein müssen. Er möchte wissen, warum das nicht passiert sei.

BD Müller ist der Meinung, dass über die genannten Fristen im Klimaschutzkonzept insgesamt noch Gespräche geführt werden sollten. Es sei vorgesehen gewesen, dass die Ziele und Maßnahmen u.a. vom Klimaschutzmanager umgesetzt werden, dieser habe aber erst kürzlich seinen Dienst bei der Stadt Bramsche aufgenommen. Daher sei eine zeitliche Verzögerung drin, die Abarbeitung würde jetzt aber sehr stringent erfolgen.

RM Sieksmeyer bestätigt, dass es bereits zwei energetische Quartiere in Neubaubereichen gebe. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass mehr solcher energetischen Quartiere benötigt werden und unterstütze daher auch den vorliegenden Antrag. Künftig sollte bei allen Neubaugebieten grundsätzlich der Gedanke des energetischen Quartiers zum Tragen kommen

BD Müller stellt klar, dass diese Projekte nicht unter das KfW Förderprogramm fallen, auch wenn sie für Bramsche fast „Leuchtturmprojekte“ seien. Diese Ausweisung beziehe sich nachher mehr für Einfamilienhausbesitzer oder Immobilienbesitzer in den Quartieren.

RM Quebbemann ist der Meinung, dass man sich konkreter mit dem KfW Förderprogramm beschäftigen müsse. Er sehe es als große Chance, die die Stadt für alle Hausbesitzer in allen Ortsteilen, die sich Gedanken über die Wärmeversorgung machen, einräumen sollte.

Nach weiterer Diskussion lässt

RV Müller über den o.g. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	13 Stimmen dafür
	20 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 10	2. Änderung der Friedhofssatzung für den "FriedWald Bramsche" der Stadt Bramsche vom 30.10.2003	WP 21-26/0065
--------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

§ 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die Verwaltung des FriedWald Bramsche obliegt der FriedWald GmbH, Im Leuschner Park 3, 64347 Griesheim (Betreiber).

§ 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Es werden folgende Grabarten unterschieden:

- Der Baum im FriedWald;
- Der Platz im FriedWald.

§ 2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Die Nutzungsrechte an den Grabstätten für „Der Baum im FriedWald“ und „Der Platz im FriedWald“ werden von den jeweiligen Vertragspartnern erworben. Die Vertragspartner benennen die Personen, die an den Grabstellen zur Beisetzung berechtigt sind.

§ 2 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Bei der Grabart „Der Baum im FriedWald“ werden an dem FriedWald-Baum ausschließlich Personen beigesetzt, die von den Vertragspartnern oder von durch die Vertragspartner dazu Berechtigten bestimmt wurden, beispielsweise Familienangehörige, Freunde oder Lebenspartner.

§ 2 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

Bei der Grabart „Der Platz im FriedWald“ bestimmen die Vertragspartner nur über die Nutzung der jeweils erworbenen einzelnen Grabstätten an einem FriedWald-Baum. Weitere Grabstellen an diesem Baum können von anderen Personen erworben und genutzt werden.

§ 5 wird um Absatz 5 ergänzt:

Für mitgeführte Hunde gilt die ganzjährige Leinenpflicht. Hinterlassenschaften der Hunde sind zu entfernen und vorschriftsmäßig zu entsorgen.

§ 8 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Bestattungsbäume erhalten zum Auffinden des Baumes eine Registriernummer (sog. Baumrunde).

Daneben ist noch die Anbringung maximal einer Namenstafel pro Bestattungsbaum erlaubt.

§ 8 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die Aufschriften der Namenstafeln können von den Erwerbern selbst bestimmt werden, außer an Bäumen, an denen nur einzelne Plätze verkauft werden. Hier wird auf der Namenstafel nur der Name sowie der Geburts- und Sterbetag vermerkt. Aufschriften, die gegen die guten Sitten verstoßen oder farbige Bilder, sind nicht zulässig.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 11 Leitbild Bramsche 2030

WP 21-26/0105

Beschlussvorschlag:

1. Das »Leitbild Bramsche 2030« wird gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Das »Leitbild Bramsche 2030« bildet die Grundlage für die weitere Bearbeitung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bramsche.
3. Das »Leitbild Bramsche 2030« besteht aus einem räumlichen Leitbild und ergänzenden 18 Leitlinien.
4. Der Geltungsbereich umfasst das gesamte Gebiet der Stadt Bramsche in einer Größe von rd. 183 km².

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer berichtet, dass das Leitbild 2030 zur Fachausschusssitzung am 25.4. noch eine wesentliche Ergänzung erfahren habe. In der Leitlinie 12 werde der „Ausbau Erneuerbarer Energien“ als Zielsetzung formuliert. Neben dem Vorrang des Repowering der bestehenden Windparks werde jetzt auch ein Prüfvorschlag für den Einstieg in die Freiflächen-Photovoltaik in Bramsche gemacht. Er berichtet weiterhin, dass seine Fraktion B90 / Die Grünen in der letzten Ratssitzung vor dem Hintergrund von bestehenden Plänen zur Errichtung von 4 Freiflächenphotovoltaikanlagen in verschiedenen Bramscher Ortsteilen mit einer Gesamtleistung von 48 MW auf die Dringlichkeit von Flächenausweisungen für die Flächen-Photovoltaik hingewiesen habe und begrüße, dass mit den vorgenommenen Änderungen in der Leitbild-Formulierung nunmehr darauf Bezug genommen werde.

Außerdem erwarte seine Fraktion kurzfristig Vorschläge und Kriterien für Sondergebiete für die Freiflächen-Photovoltaik, für die Arrondierungen im Rahmen des Repowering für die Windparks Achmer/Vinte und Ueffeln/Balkum und für die Erweiterungsabsichten der Bramscher Windparks Kalkriese und Ahrensfeld/Wittefeld, die insgesamt sieben neue Windenergieanlagen neueren Typs projektieren.

Kritisch sehe seine Fraktion insbesondere die Prüfung einer möglichen Ortsumgehung in Ueffeln, die Bodenvorratspolitik zur Schaffung eines Tauschflächenpools und die Gewerbeflächenentwicklung in

Schleptrup.

Als Fazit sehe seine Fraktion im überwiegenden Teil der im Leitbild 2030 formulierten Ziele Spielräume für eine zukunftsgerichtete nachhaltige Entwicklung in Bramsche. Aufgrund der geäußerten Kritikpunkte könne die Fraktion B 90 / Die Grünen dem Leitbild allerdings nicht zustimmen.

RM Neils erklärt, dass das Leitbild ein großer Rahmen sei, welches ein Stück weit Orientierung für die Verhandlungen, Gespräche, Abstimmungen und Bürgerbeteiligungen gebe, die in den nächsten Jahren stattfinden werden. Durch das Leitbild würden noch keine konkreten Beschlüsse gefasst werden. Die Themen Photovoltaik und Freiflächenphotovoltaik müssten im geordneten Rahmen und Zeitplan des Flächennutzungsplanes unter Beteiligung der betreffenden Bürgerinnen und Bürger und Anlieger der jeweiligen Ortschaften geprüft werden, ebenso das Thema Repowering. RM Neils halte die Bodenvorratspolitik ebenfalls für sehr wichtig. Die Stadt benötige weitere Gewerbeflächen, weil keine freien Flächen mehr vorhanden seien. Es müssen jedoch mit Augenmaß weitere Gewerbeflächen ausgewiesen werden, da die Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommenssteuer wichtig für die Stadt seien, um die Infrastruktur und das gute gesellschaftliche Leben in Bramsche weiterfinanzieren zu können.

RM Staas-Niemeyer erklärt, dass sie nach wie vor ein Problem mit dem Leitbild habe. Ihr fehle die klare Aussage darüber, was die Stadt Bramsche eigentlich mit den Flächen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern vorhabe. Die notwendigen Mehrfamilienhäuser würden Großteils vom Bahnhofumfeld, Penter Weg und Breslauer Straße abgedeckt. Hinsichtlich der Gewerbeflächen sei sie einer Meinung mit RM Neils, denn die Stadt brauche mindestens 40 ha dieser Flächen.

RM Quebbemann erklärt, dass das Leitbild die Frage beantworten solle, wie sich unsere Stadt bzw. unsere Ortsteile entwickeln sollen bzw. wollen. Aus diesem Grunde habe die CDU-Fraktion kein Verständnis dafür, wenn nicht alle Ortsteile daran beteiligt werden. Der Ortsrat Achmer habe zum Beispiel konkrete Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert, über die auch einstimmig abgestimmt wurde, er könne diese Beschlüsse jedoch nirgendwo finden.

Die CDU Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass zukünftig Gewerbeflächen zur Weiterentwicklung der bestehenden und zur Ansiedlung neuer Betriebe notwendig seien um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Da das Leitbild auch sehr viele gute und richtige Aspekte beinhalte, könne seine Fraktion schon aus Verfahrensgründen und je nach Version des endgültigen Beschlusses zwar nicht zustimmen, allerdings auch nicht dagegen stimmen.

BD Müller erklärt hinsichtlich der Beteiligung der Ortsräte, dass in allen Ortsräten, die die Bitte zum Vortrag geäußert haben, dieses auch gemacht wurde. Die Diskussionen und Ergebnisse daraus seien dokumentiert worden. Das Leitbild solle eine übergeordnete Funktion haben.

BGM Pahlmann würde es begrüßen, wenn das vorliegende Leitbild wie vorliegend beschlossen werde würde, um dann mit Transparenz, Offenheit und größtmöglicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger damit konstruktiv weiterzuarbeiten.

RM Quebbemann möchte wissen, ob die Empfehlung des Ortsrates Achmer dem Rat noch vor der Beschlussfassung zur Kenntnis gegeben werde. Außerdem möchte er wissen, wie das Verfahren in den anderen Ortsräten gewesen sei und über welche Version der Vorlage abgestimmt werden solle.

ESTR Willems erklärt, dass die Vorlage abschließend im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt und im Verwaltungsausschuss beraten wurde. In dem Beratungslauf seien die Ortsräte nicht mit einbezogen worden, weil kein Fall der Ortsratsbeteiligung nach § 94 NKomVG vorliege, und weil es

nicht um Bauleitplanung gehe, die erst danach folgen würde. Aus diesem Grunde sei nach abgeschlossener Beratung im Verwaltungsausschuss eine Information in den Ortsräten erfolgt aber keine Einbeziehung in den Beratungsverlauf. Aus den vorgenannten Gründen liege jetzt nur die vom Verwaltungsausschuss empfohlene Beschlussvorlage vor. Es stehe den Ratsmitgliedern natürlich frei, Änderungsanträge zu stellen.

RM Quebbemann stellt den Antrag, die einstimmig vom Ortsrat Achmer empfohlenen Änderungen in das Leitbild aufzunehmen.

RV Müller macht darauf aufmerksam, dass dem Rat nicht die empfohlenen Änderungen bekannt seien und eine Abstimmung daher nicht erfolgen könne.

RM Quebbemann beantragt erneut eine Vertagung der Vorlage.

RV Müller lässt über den Antrag auf Vertagung der Vorlage von RM Quebbemann abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 12 Nahversorgungskonzept (NVK) Bramsche

WP 21-26/0099

Beschlussvorschlag:

Das Nahversorgungskonzept (NVK) wird als städtebauliches Konzept gem. §1 (6) Nr. 11 BauGB beschlossen.

RM Bergander erläutert ausführlich die Vorlage.

RM Reyl ist der Meinung, dass das Nahversorgungskonzept in der vorliegenden Form nicht zu unterstützen sei. Er betone, dass sich seine Fraktion B90 / Die Grünen nicht pauschal gegen die Errichtung eines neuen Edeka-Marktes ein paar hundert Meter weiter am Rande der Gartenstadt ausspreche. Sie spreche sich aber gegen das, vor diesem Hintergrund entwickelte Nahversorgungskonzept aus. Kennzeichnend für die Nahversorgung sei die Existenz mindestens eines qualifizierten Lebensmittelbetriebes in der eigenen Wohnortnähe. Deshalb solle man sehr sorgfältig auf den Nahversorgungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger schauen. Wenn der Rat für ein solches Nahversorgungskonzept stimme, täte er nichts für die Nahversorgung der Menschen da, wo es aktuell nicht mal eine Nahversorgung gebe. Dieses Vorgehen trage seine Fraktion B 90 / Die Grünen nicht mit und wünsche sich eine Überarbeitung des Nahversorgungskonzeptes. Er stellt den Antrag, die Vorlage zu vertagen.

RM Quebbemann versteht den Wunsch der Fraktion B 90 / Die Grünen als Antrag zur Vertagung und würde sich dem anschließen. Ansonsten könne seine Fraktion nicht dem Nahversorgungskonzept in dieser Form zustimmen.

RM Neils erklärt, dass seine Fraktion nach eingehender Überprüfung und davon ausgehend, dass die erhobenen Daten richtig und fundiert seien, dem Nahversorgungskonzept zustimmen werde. Man könne bei entsprechenden Vorschlägen auch hier in fast allen Ortsteilen genossenschaftsähnliche Modelle umsetzen. Seine Fraktion werde den Antrag auf Vertagung ablehnen.

RM Staas-Niemeyer erklärt, dass aus Sicht der FDP Fraktion das Konzept schlüssig und ausgewogen sei. Sie bestätige, dass es sachlich und zahlenorientiert sei. Insofern werde ihre Fraktion dem Konzept zustimmen. Sie sehen den Erweiterungswunsch der Fa. Kuhlmann als absolut wirtschaftlich

notwendig an. Sie sei überzeugt davon, dass die meisten Bewohner der Gartenstadt, wie auch anderer Ortsteile diesen Einkaufsmarkt wünschen.

RM Sieksmeyer spricht zum Thema Beeinträchtigungsverbot das damalige Verfahren hinsichtlich des Penny Marktes mit einer Verkaufsfläche von 800 qm an. Nun gehe es um einen Großmarkt mit einer Verkaufsfläche von 2.400 qm. Seiner Meinung nach hätte hier die Prüfung einer möglichen Beeinträchtigung stärker im Konzept berücksichtigt werden müssen.

RM Wenndorf fehle ganz speziell die Befassung mit der Mobilität. Er könne daher dem Konzept nicht zustimmen.

RV Müller lässt über den Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen hinsichtlich der Vertagung der Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür
13 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 13	Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 181 „Gewerbegebiet südöstlich Westerkappeler Straße“	WP 21-26/0104
--------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 181 „Gewerbegebiet südöstlich Westerkappeler Straße“ wird als Satzung beschlossen.

Die als Anlage beigefügte Satzung sowie die zeichnerische Darstellung des Geltungsbereiches sind Bestandteil dieses Beschlusses.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 14 44. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsteil WP 21-26/0116
Lappenstuhl
- Feststellungsbeschluss
- Bezugsvorlage WP 16-21/0861 und WP 21-26/0068

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Feststellungsbeschlusses.
2. Das gemeindliche Aufstellungsverfahren zur 44. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbaufläche – im Ortsteil Lappenstuhl mit Begründung und Umweltbericht wird hiermit durch den Feststellungsbeschluss beschlossen. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Geltungsbereich der 44. Änderung aufgehoben.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Sieksmeyer erklärt, dass seine Fraktion diese Änderung des Flächennutzungsplanes nicht unterstützen werde, weil sie für eine effizientere Nutzung für die neugeschaffenen Wohnbauflächen eintrete. Sie wolle auch eine größere städtebauliche Dichte in den Neubaugebieten erreichen und das an 30 Wohneinheiten / Hektar orientieren, so wie das auch in einem Ausführungsvorschlag in dem Leitbild dargestellt worden sei.

RM Quebbemann erklärt, dass seine Fraktion nach wie vor der Auffassung sei, dass in allen Ortsteilen Baugrundstücke für Bauwillige zur Verfügung stehen sollten und stimmen daher der Vorlage zu.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 28 Stimmen dafür
 5 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 15 Bebauungsplan Nr. 80 "Am Sandbach", 3. Änderung WP 21-26/0115
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
i.V.m. § 13a BauGB
- Bezugsvorlage WP 21-26/0071

Beschlussvorschlag:

3. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und - soweit abwägungsbeachtlich - in der beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
4. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 „Am Sandbach“ wird gemäß § 10 BauGB in der vorliegenden Fassung als Satzung und zusammen mit der dazugehörigen Begründung

beschlossen.

5. Die rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 80 „Am Sandbach“ wird im Geltungsbereich der 3. Änderung aufgehoben.

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	32 Stimmen dafür
	0 Stimmen dagegen
	1 Enthaltung

TOP 16 Beantwortung von Anfragen

Keine.

TOP 17 Anfragen und Anregungen

Keine.

TOP 18 Einwohnerfragestunde

1. Ein Bürger berichtet, dass z.B. in Epe und den umliegenden Ortschaften zu wenig Busse fahren, mit denen die älteren Bewohner nach Bramsche fahren könnten, um einzukaufen. Er möchte wissen, wie man das Problem lösen könnte.

ESTR Willems sieht aktuell keine befriedigenden Lösungsmöglichkeiten.

Frau Stuckenberg berichtet darüber, dass vor einigen Jahren die Initiative „mobiler Einkaufswagen“ angeboten wurde, bei der sich viele Ehrenamtliche bereit erklärt haben, gemeinsam mit den älteren Einwohnern mit dem Bus zum Einkaufen und dann auch mit ihnen zurück zu fahren. Dieses Angebot wurde leider nicht angenommen, da sich niemand bei der Initiative gemeldet habe, obwohl Aufrufe in der Zeitung veröffentlicht und Flyer verteilt wurden. Im Kirchspiel Engter sei im Gegensatz dazu das Angebot sehr gut angenommen worden und laufe auch heute noch mit anderen Betreibern weiter. Die Senioren müssen bei Bedarf solche Angebote auch nutzen, Eigeninitiative zeigen und sich anmelden, wenn diese Bestand haben sollen. Mittlerweile gebe es dieses Angebot nicht mehr.

ORM Pöppe möchte wissen, ob man diese Initiative eventuell wiederbeleben könne.

2. Ein Bürger wünscht sich mehr Bürgerbeteiligung und schlägt vor, dass man in der Halle der VHS in der Gartenstadt den Rat und Ortsrat Bramsche einladen und die Bürger dort ihre Fragen stellen können.

ESTR Willems erklärt, dass die Bürger in jeder öffentlichen Sitzung während der Einwohnerfragestunde ihre Fragen stellen können.

Winfried Müller
Vorsitzender

BGM Pahlmann
Verwaltung

Mechthild Koldeweihe
Protokollführerin